

In eigener Sache

Die Berliner Rundschau hat ein neues Gesicht bekommen. Nicht zum ersten Mal - und sicher auch nicht zum letzten Mal. Eine Zeitung wandelt sich im Laufe der Zeit immer wieder, passt sich dem Leseverhalten an. Die Rundschau gibt es inzwischen seit 29 Jahren. Sie war dicker, dünner, größer, kleiner, quer- oder hochformatig, blau, rot und vierfarbig. Eines war sie aber stets, nämlich ein Stück Tradition in der Berliner Union. Und das wird so bleiben.

Nun hat sich das Rundschau-Team entschlossen, das Jahr 2003 mit einer Überarbeitung und neuem Konzept zu starten. Hochformat wegen der Handlichkeit, acht Seiten wegen der Vielfalt, mehr Farbe, Bilder und Rubriken wegen der Lesbarkeit und etwas mehr Information und Unterhaltung - freilich ohne dabei unpolitisch zu werden. Wir hoffen, dass dies der richtige Weg ist. Lassen Sie es uns wissen! Einen guten Start ins Jahr 2003 wünscht *Ihr Rundschau-Team*

Arbeitslosigkeit in Deutschland:

Rot-Grün ist gescheitert: Im Dezember 2002 waren 4,225 Millionen Menschen in Deutschland ohne Arbeit - der höchste Stand seit 5 Jahren. Damit sind über 260.000 Menschen mehr arbeitslos als im Dezember 2001! Gesundbeten reicht nicht. Für das Jahr 2003 sagen die

nate erwartet. Der Versuch von Arbeitsminister Clement, die alarmierenden Fakten gesundzubenutzen, lenkt von dringend erforderlichen Maßnahmen ab. A b

W o l f g a n g Clement Verantwortung für die wachsende Zahl der Arbeitslosen. Denn nicht die Stimmung ist Schuld an der besorgniserregenden Lage in Deutschland. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Die fehlende politische Perspektive lastet auf unserem Land. Steigende Arbeitslosigkeit ist hausgemacht.

weiter: Seite 4

Desaster für Gerhard Schröder!

sechs führenden Wirtschaftsinstitute einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland voraus. Bis zu 4,5 Millionen Arbeitslose werden für die nächsten Mo-

...graue Haare

Fortsetzung von Seite 1

Dass er beim Überflug mal nicht „Stop-over“ an der Leine gemacht hat, um das eheliche Kopfkissen zu teilen, mag daran liegen, dass „Stand-by“ zeitlich nicht drin war. Jedenfalls hat er gerichtlich Spekulationen über den Zustand seiner Ehe verbieten lassen. In Hannover campiere er immer bei Doris, falls er dort sei. Hat er gesagt. Und der Hausseggen hängt nicht schief. Basta. Wo sich Doris doch so grämt, dass die Presse dem Kanzlerpaar immer Böses anhängt. Kanzler-Gattin ist kein Job für Mimosen. Hat Hannelore Kohl jedenfalls klaglos durchgestanden, wenn Helmut journalistisch gefleddert wurde. Und Lästern hat er gerichtlich nie das Maul verbieten lassen. So viel über Klatsch und Form-Jäger

Teuer tanken - dank „Öko“-Steuer!

Seit 1. Januar 2003 gilt sie: Die 5. Stufe der „Öko“-Steuer erhöht den Kraftstoffpreis um weitere 3 Cent pro Liter. Der Fiskus streicht inzwischen beim Tanken rund 74 % der Kosten ein. Die Tankstelle wird damit zum 2. Finanzamt - teuer tanken, dank Rot-Grün! Allein für die „Öko“-Steuer berappt der Autofahrer fast 18 Cent, Liter für Liter. Schröder und Genossen setzen auf weitere Steuererhöhungen: Gas, Nachtspeicherheizungen und schweres Heizöl werden teurer. Und das, obwohl vor der Wahl der Bundeskanzler weitere Steuererhöhungen ausgeschlossen hatte. Wieder einmal gilt: „Versprochen-Gebrochen“. Und ein Ende ist nicht in Sicht: Erst kürzlich hatte Brandenburgs Umweltminister Wolfgang Birthler (SPD) die Anhebung der Spritpreise gefordert. Auch die Grünen liebäugeln damit, nochmals an der „Öko“-Steuerschraube zu drehen.

Die rot-grüne „Öko“-Steuer ist

- sozial ungerecht: Insbesondere Familien und Geringverdiener werden durch die „Öko“-Steuer übermäßig hoch belastet. Was noch dazu kommt: Das Ziel, mit Hilfe der „Öko“-Steuer die Beiträge zur Rentenversicherung konstant zu halten, wurde verfehlt. Die Beiträge steigen weiter auf jetzt 19,5 Prozent.
- konjunkturell schädlich: Angesichts der katastrophalen

Konjunktur- und Arbeitsmarktlage ist ein weiteres Drehen an der rot-grünen Steuerschraube nicht zu verantworten. Die geplante Ausweitung ist nichts anderes als ein Abkassieren bei Bürgern und Unternehmen unter dem Deckmantel der Ökologie.

• ökologisch unsinnig: Eine Minderung des klimaschädlichen Kohlendioxid-Ausstoßes konnte nicht erreicht werden. Gas, ein umwelt- und klimaschonender Energieträger, wird zusätzlich besteuert, nachdem bisher immer gepredigt wurde, auf umweltfreundliches Erdgas umzusteigen. Was wollen CDU und CSU?

Die Union fordert: Schluss mit der rot-grünen „Öko“-Steuerspirale. Was wir brauchen, ist eine europaweite Lösung, die sich auf den Schadstoffausstoß bezieht und zu wirklichen Fortschritten im Umwelt- und Klimaschutz führt. (mw)

NEUES GESETZ:

Die CDU nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass das Bundesverfassungsgericht klargestellt hat, dass das rot-grüne Zuwanderungsgesetz im Bundesrat

Zuwanderung wirksam begrenzen

verfassungswidrig zustande gekommen ist. Damit hat das Bundesverfassungsgericht die Rechtsauffassung der Union bestätigt. Der damals amtierende Bundesratspräsident Klaus Wowereit hat mit seinem verfassungswidrigen Verhalten diesem hohen Amt schweren Schaden zugefügt, weil er den parteipolitischen Auftrag der SPD höher als seine verfassungsgemäße Pflicht gesetzt hat.

Das rot-grüne Zuwanderungsgesetz ist nichtig und kann nach diesem Urteil nicht in Kraft treten. Die Bundesregierung muss nun ein neues Zuwanderungsgesetz in den Bundestag einbringen. Die CDU bietet der rot-grünen Bundesregierung an, konstruktiv mitzuarbeiten. Voraussetzung ist Klarheit über die Zielsetzung: Begrenzung, nicht Erweiterung der Zuwanderung. Deutschland braucht ein Zuwanderungsgesetz, das den berechtigten Interessen unseres Landes dient. Das Gesetz muss die Zuwanderung wirksam begrenzen und darf nicht zu einer Erweiterung der Zuwanderung führen. Der Anwerbestopp darf nicht aufgehoben werden. Die Zuwanderung in die Sozialsysteme ist zu reduzieren. Dem Missbrauch des Asylrechts ist consequent entge-

genzutreten. In Anbetracht von mehr als vier Millionen Arbeitslosen kann es Zuwanderung nur für wirklich hochqualifizierte Arbeitskräfte geben, die einen Beitrag zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland leisten können.

Das neue Gesetz muss die Integration der bereits rechtmäßig bei uns lebenden Zuwanderer fördern und fördern. Integration muss Vorrang vor weiterer Zuwanderung haben. Das Nachzugsalter von Kindern ist herabzusetzen. Die PISA-Studie hat gezeigt: Ein möglichst früher Spracherwerb ist unerlässlich für eine sichere Zukunftsperspektive ausländischer Kinder in unserem Land. Illegale Zuwanderer dürfen nicht alleine durch Zeitablauf ein Daueraufenthaltsrecht erwerben können. Die CDU ist immer dafür eingetreten, dass Deutschland ein weltoffenes Land ist. Wir leisten für Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, mehr als viele andere Staaten. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Dies wird aber nur so bleiben können, wenn es gelingt, die Zuwanderung nach Deutschland auf ein verkraftbares Maß zu begrenzen und die hier lebenden Zuwanderer in unsere Gesellschaft zu integrieren. (mw)

ERFOLG FÜR DIE UNION: NEBENJOBS LOHNEN SICH WIEDER!

Die Union sorgt für Bewegung auf dem Arbeitsmarkt! Bei den Gesprächen mit Rot-Grün über die geplanten „Hartz“-Gesetze hat die Union hart verhandelt - und wichtige Reformvorschläge gegen die rot-grünen Blockierer durchgesetzt. Größter Erfolg: Die früheren „630-Mark-Jobs“ kommen wieder - in noch attraktiverer Form. Das hat die Union für die Menschen in Deutschland erreicht:

Zum 1. April 2003 kommen die „400-Euro-Jobs“. Dann lohnt es sich endlich auch wieder, einen Nebenjob bis 400 Euro anzunehmen. Rot-Grün hatte die alten „630-Mark-Jobs“ de facto abgeschafft. Die Folge: 600.000 Jobs fielen weg. Von 2003 an wird es endlich wieder kleine Jobs geben, die sich lohnen - in allen Branchen. Arbeitnehmer zahlen bei den neuen „400-Euro-Jobs“ keine Steuern und Sozialabgaben. Arbeitgeber entrichten einen Pauschalbeitrag in Höhe von 25 Prozent. Für Jobs im Bereich 401 bis 800

Euro werden die Sozialabgaben gesenkt. Auf diese Weise können - zusätzlich zu den „400-Euro-Jobs“ - viele neue Jobs im so genannten „Niedriglohnsektor“ entstehen. Der Arbeitgeber zahlt 21 Prozent Sozialversicherungsbeiträge, der Arbeitnehmer je nach Höhe des Verdienstes zwischen 4 und 21 Prozent - damit sich Arbeit gegenüber dem Bezug von Sozialleistung lohnt. Damit zusätzliche Anreize für Familien entstehen, beispielsweise die Putzfrau aus der Schwarzarbeit zu holen, können künftig bis zu 2.400 Euro jährlich an Ausgaben für haushaltsnahe Dienstleistungen von der Steuerschuld abgezogen werden. Bei haushaltsnaher Beschäftigung als „400-Euro-Job“ betragen die pauschalen Abgaben nur 12 Prozent und sind für den Auftraggeber bis zu 510 Euro von der Steuerschuld abziehbar. Alles in allem ein Riesenerfolg - weil die Union vernünftige Konzepte für Deutschland hat. (mw)